

Der Vorschlag klang verlockend. Mitte August 1823 unterbreitete der britische Außenminister George Canning dem US-Botschafter in London Richard Rush das Angebot einer gemeinsamen Erklärung, in der sich beide Regierungen gegen eine Intervention europäischer Mächte in Lateinamerika aussprechen sollten. Seit 1810 hatten fast alle spanischen Kolonien zwischen Mexiko und dem Rio de la Plata ihre Unabhängigkeit erkämpft und sich zu Republiken erklärt. Die US-Amerikaner blickten mit großer Sympathie auf den Freiheitskampf im Süden des amerikanischen Doppelkontinents, folgte er doch offenbar dem Beispiel, das sie der Welt mit ihrer Unabhängigkeitserklärung von 1776 gegeben hatten. 1822 hatte die Regierung von Präsident James Monroe mehrere der neuen Staaten, darunter Mexiko und Kolumbien, anerkannt.

Die von Canning beschworene Gefahr europäischer Einmischung schien real, denn gerade erst waren französische Truppen in Spanien einmarschiert, um die revolutionäre Bewegung niederzuschlagen, die Spanien zur konstitutionellen Monarchie machen wollte. Der französische König Ludwig XVIII. handelte auf Druck der Heiligen Allianz, des 1815 von Zar Alexander I. initiierten Bündnisses der Monarchen Kontinentaleuropas, das sich als Bollwerk gegen alle revolutionären und nationalistischen Bestrebungen verstand. Würde die Heilige Allianz nach der Restauration des Absolutismus in Madrid nun auch versuchen, das spanische Kolonialreich wiederherzustellen? Ein Schulterschluss zwischen Washington und London, so Cannings Idee, sollte dem einen Riegel vorschieben. Für die USA versprach die informelle angloamerikanische Allianz zudem das Risiko neuer Konflikte mit dem ehemaligen Mutterland zu mindern. Der Waffengang zwischen 1812 und 1814, in dessen Verlauf britische Truppen Washington erobert hatten, war noch in frischer Erinnerung.

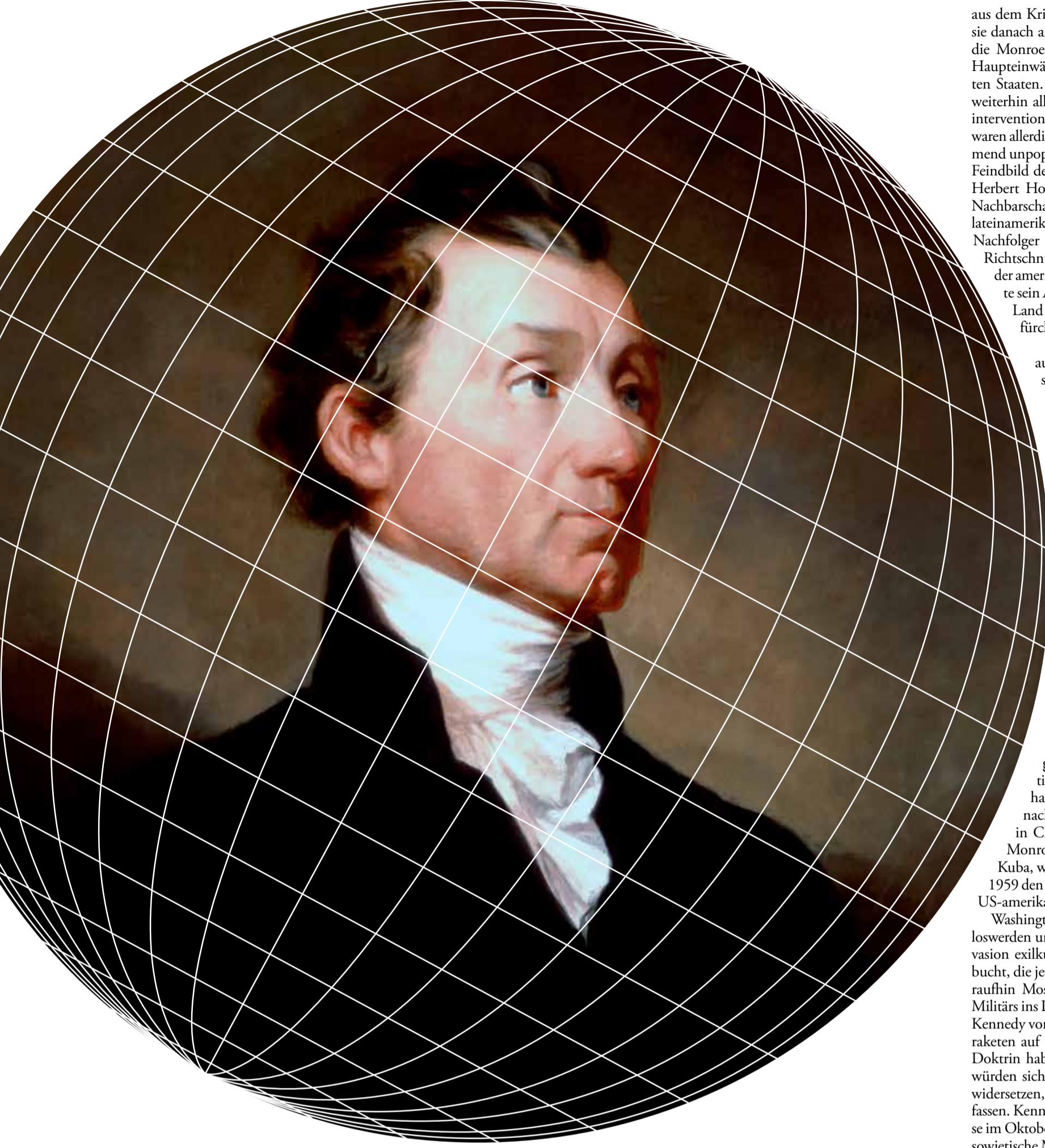
Doch der englische Vorschlag hatte einen Haken. Denn in der gemeinsamen Erklärung sollten sich Großbritannien und die USA verpflichten, keine Gebiete aus der Konkursmasse der spanischen Kolonien für sich selbst zu beanspruchen. Damit hätten die USA auf ihr wichtigstes nationales Ziel verzichtet: die territoriale Expansion über den gesamten nordamerikanischen Kontinent bis zum Pazifik. Schon 1819 hatte die Monroe-Administration, nicht ohne versteckte Kriegsdrohung, Spanien gegen eine Geldzahlung zur Abtretung Floridas bewegt. Früher oder später, davon waren die meisten US-Amerikaner überzeugt, mussten auch die Provinzen Texas, Neu-Mexiko und Kalifornien, die bislang unter spanischer Oberhoheit gestanden hatten und nun zu Mexiko gehörten, an die Vereinigten Staaten fallen. Auch die spanische Plantageninsel Kuba sah man als künftigen Teil der USA.

Darüber hinaus sprach die Englandfeindschaft der Öffentlichkeit gegen ein Zusammengehen mit London. Keiner der führenden Politiker, die sich für die 1824 anstehende Nachfolge Präsident Monroes in Stellung zu bringen versuchten, durfte riskieren, als Englandfreund abgestempelt zu werden. Dies galt besonders für Außenminister John Quincy Adams. Der Sohn des früheren US-Präsidenten John Adams stammte aus der eng mit Großbritannien verbundenen Elite Neuenglands und hatte sich im Laufe seiner diplomatischen Karriere immer wieder für einen Interessenausgleich mit London eingesetzt. Der Friedensschluss von 1814 war vor allem sein Verdienst.

Doch befürwortete der Außenminister keineswegs eine enge Anlehnung an die Briten. Es ging ihm um die Unabhängigkeit und Einheit seines Landes, die in Gefahr zu geraten drohten, wenn sich die USA in die Kriege Europas verstricken ließen. Davor hatte schon der erste US-Präsident George Washington in seiner Abschiedsbotschaft von 1796 gewarnt. Auch für die zweite Generation der US-Außenpolitiker galt die Maxime, dass die USA militärisch stark sein, aber in den Konflikten der Alten Welt neutral bleiben sollten. Und bei aller Sympathie für den Unabhängigkeitskampf der Lateinamerikaner – wie auch der Griechen, die sich vom osmanischen Joch befreien wollten – warnte Adams vor ideologischen Kreuzzügen, in denen die amerikanische Republik ihre Seele verlieren werde. Er setzte sich dann auch im Fall des englischen Vorschlags durch: Statt ihn anzunehmen, um London nicht vor den Kopf zu stoßen, wie es auch der Präsident empfahl, legte die US-Regierung ihre Haltung in einer eigenständigen Erklärung dar.

Dieser von Adams verfasste Botschaft, die Präsident James Monroe am 2. Dezember 1823 dem Kongress übermittelte und die erst Jahrzehnte später als Monroe-Doktrin bezeichnet wurde, formulierte zwei Kernsätze: Erstens erklärte Monroe, der gesamte amerikanische Kontinent sei für weitere Kolonialisierungsversuche der Europäer geschlossen. Die bestehenden Kolonien werde man nicht antasten, aber jeden Versuch zur Rückeroberung ehemaliger Kolonien und zur Restauration der Monarchie müssten die USA als Gefährdung ihrer nationalen Sicherheit betrachten. Zweitens bekräftigte der Präsident die traditionelle Politik der Nichteinmischung in europäische Angelegenheiten, solange die eigenen Interessen nicht direkt betroffen seien.

Was vordergründig wie ein Manifest panamerikanischer Solidarität klang, konnte auch als Hegemonialanspruch in der gesamten westlichen Hemisphäre verstanden werden. Vorerst aber mangelte es den USA noch an den Machtmitteln, die Doktrin



Das um 1819 gemalte Portrait von James Monroe (1758–1831) stammt aus dem Weißen Haus

»Amerika den Amerikanern!«

1823 richtete US-Präsident James Monroe eine Botschaft an Europa: Mischt euch auf dem Doppelkontinenten nicht ein! Die Monroe-Doktrin prägt die Außenpolitik der Vereinigten Staaten bis heute

VON MANFRED BERG

durchzusetzen. Als Großbritannien 1833 die Falklandinseln im Südatlantik besetzte und Argentinien unter Berufung auf Monroes Erklärung um Unterstützung bat, hielt Washington still. Während des Mexikanisch-Amerikanischen Krieges (1846–1848) warnte Präsident James Polk England und Frankreich vor einer Einmischung, doch als der französische Kaiser Napoleon III. 1861 Truppen nach Mexiko entsandte, um dort ein monarchisches Marionettenregime zu installieren, hinderte der Sezessionskrieg die USA an einem Eingreifen.

Nach dem Bürgerkrieg war die US-Regierung fest entschlossen, der Monroe-Doktrin Geltung zu verschaffen. 1870 erneuerte Präsident Ulysses S. Grant die Forderung, dass keine Gebiete in den Amerikas mehr an europäische Mächte übertragen werden dürften. Am Ende des 19. Jahrhunderts fühlte sich die neue Weltmacht USA als »der faktische Souverän auf diesem Kontinent«, dessen Entscheidungen »Gesetz« seien, wie Außenminister Richard Olney den Briten 1895 mitteilte. Mit dem Sieg im »splendid little war« gegen Spanien 1898 wuchs dieses Machtbewusstsein in neue Höhen. Die USA annektierten Puerto Rico sowie die Philippinen. Kuba erlangte zwar formal seine Souveränität, musste den USA in seiner

Verfassung jedoch das Recht zugestehen, zum Schutz der kubanischen Unabhängigkeit zu intervenieren.

Dass die Monroe-Doktrin die Souveränität der lateinamerikanischen Staaten beschränkte, verkündete Präsident Theodore Roosevelt 1904 dann auch offiziell. In den Jahren zuvor hatten europäische Mächte, darunter Deutschland, mehrfach Marinegeschwader entsandt, um ausstehende Schulden einzutreiben. In der Venezuela-Krise 1902/03 hatte dies zu einer gefährlichen Konfrontation mit den USA geführt. Als 1904 in der Dominikanischen Republik eine weitere Intervention drohte, kündigte Roosevelt an, dass die USA dem Chaos bei den südlichen Nachbarn nicht tatenlos zusehen würden. Um fremden Mächten keinen Vorwand für Einmischungen zu geben, sahen sich die USA gezwungen, die Rolle des »internationalen Polizisten« zu spielen. Die Dominikanische Republik wurde unter amerikanische Finanzkontrolle gestellt. Auf der Grundlage des sogenannten Roosevelt-Zusatzes besetzten US-Truppen in den kommenden Jahrzehnten wiederholt Kuba, Haiti, die Dominikanische Republik und Nicaragua.

Mit dem Eintritt in den Ersten Weltkrieg im April 1917 brachen die USA erstmals mit dem Grundsatz der Neutralität gegenüber Europas Konflikten. Den

aus dem Krieg hervorgehenden Völkerbund sahen sie danach ambivalent: Die Befürchtung, er könne die Monroe-Doktrin schwächen, gehörte zu den Haupteinwänden gegen einen Beitritt der Vereinigten Staaten. In ihrem Hinterhof wollten sie auch weiterhin allein für Ordnung sorgen. Die Militärinterventionen in der Karibik und Mittelamerika waren allerdings bei den heimischen Wählern zunehmend unpopulär und nährten in Lateinamerika das Feindbild der hässlichen Yankees. Schon Präsident Herbert Hoover (1929–1933) sprach von »guter Nachbarschaft«, die künftig das Verhältnis zu den lateinamerikanischen Staaten prägen sollte. Sein Nachfolger Franklin D. Roosevelt machte sie zur Richtschnur seiner Politik. Auf einer Konferenz der amerikanischen Staaten in Uruguay versicherte sein Außenminister Cordell Hull 1933, kein Land müsse mehr eine Intervention der USA fürchten.

Die Monroe-Doktrin fand seitdem auch bei den Lateinamerikanern viel Zuspruch. Ob eine reale Bedrohung der Amerikas durch Nazideutschland bestand, ist zweifelhaft. Aber angesichts des heraufziehenden neuen Weltkrieges war die Monroe-Doktrin nun als Sicherheitsversprechen der USA willkommen. Die Nazis wiederum polemisierten gegen die Einmischung »raumfremder Mächte« in Europa, so die berühmte Formulierung Carl Schmitts (siehe auch ZEIT Nr. 49/23), um ungestört ihr genozidales Expansionsprogramm verwirklichen zu können.

Auch im Kalten Krieg fand die Monroe-Doktrin wieder Anwendung, als es darum ging, ein Vordringen der Sowjetunion nach Lateinamerika zu verhindern. Die Sicherung der Demokratie war dabei eher zweitrangig. US-freundliche Diktaturen wurden als Verbündete gegen sozialistische und linksnationalistische Bewegungen geschätzt; wenn nötig, half die CIA beim Sturz linker Regime nach, so wie 1954 in Guatemala und 1973 in Chile. Die größte Herausforderung der Monroe-Doktrin entwickelte sich freilich auf Kuba, wo die Revolutionäre unter Fidel Castro 1959 den Diktator Fulgencio Batista stürzten und US-amerikanisches Eigentum enteigneten.

Washington wollte Castro so schnell wie möglich loswerden und lancierte im Frühjahr 1961 eine Invasion exilkubanischer Rebellen in der Schweinebucht, die jedoch kläglich scheiterte. Castro bat daraufhin Moskau um Hilfe und holte sowjetische Militärs ins Land. Noch bevor US-Präsident John F. Kennedy von der Stationierung sowjetischer Atomraketen auf Kuba erfuhr, erklärte er, die Monroe-Doktrin habe unverändert Geltung und die USA würden sich jedem Versuch einer fremden Macht widersetzen, in der westlichen Hemisphäre Fuß zu fassen. Kennedys Risikobereitschaft in der Kubakrise im Oktober 1962 beruhte auch darauf, dass er die sowjetische Militärpräsenz und die Atomwaffen auf Kuba auf keinen Fall hinnehmen konnte, ohne die Monroe-Doktrin preiszugeben. JFK gelang es zwar, die Sowjets zum Rückzug zu zwingen, aber das Castro-Regime erwies sich als überraschend stabil.

Umso größer war die Furcht vor einem »zweiten Kuba«. Ronald Reagan ließ deshalb 1983 die sozialistisch regierte Karibikinsel Grenada besetzen und rüstete entgegen dem ausdrücklichen Verbot des Kongresses die Contra-Rebellen in Nicaragua für den Kampf gegen das linke Sandinisten-Regime aus.

Nach dem Ende der Sowjetunion schien die Monroe-Doktrin obsolet geworden zu sein, auch weil sie von den Lateinamerikanern immer wieder mit der langen Geschichte von Bevormundung und Intervention durch die Yankees assoziiert wurde. Die Machthaber in Venezuela und Kuba beschwören sie bis heute gern als Beweis für die feindselige Haltung der USA. Donald Trump wiederum stellte sich 2018 in einer Rede vor den Vereinten Nationen ausdrücklich in die Tradition James Monroes und fügte hinzu, die Eindämmung des Einflusses fremder Mächte in der westlichen Hemisphäre erfordere auch eine schärfere Kontrolle »ausländischer Investitionen« – eine deutliche Botschaft an die Adresse Pekings.

Die Monroe-Doktrin, so lässt sich mit Blick auf ihre 200-jährige Geschichte bilanzieren, war nie ein Manifest panamerikanischer Solidarität oder die Grundlage eines regionalen Systems kollektiver Sicherheit zwischen gleichberechtigten Partnern, sondern ein Instrument unilateraler US-amerikanischer Hegemonialpolitik. Dass seit Franklin D. Roosevelt immer wieder US-Präsidenten die Abkehr von der Doktrin verkündet haben, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der erste Grundsatz, den John Quincy Adams 1823 formulierte, weiter gültig bleibt. »Amerika den Amerikanern!« bedeutet: Die USA akzeptieren keine militärische oder gar territoriale Präsenz europäischer oder asiatischer Großmächte in den Amerikas.

Die zweite Maxime der Doktrin, die Nichteinmischung der Vereinigten Staaten in europäische Konflikte, erschien bis vor Kurzem nur noch als historische Reminiszenz. Im 19. Jahrhundert hatten die europäischen Mächte sie gar nicht ernst genommen, im 20. Jahrhundert war ihnen die »Einmischung« der USA im Kampf gegen den Kaiser, Hitlerdeutschland und die sowjetische Bedrohung dann hochwillkommen. Bis heute beruht die Sicherheit Europas auf der Beistandsgarantie Washingtons. Aber mit der Renaissance des »America first«-Isolationismus unter Donald Trump könnte sich dies ändern. »Europa den Europäern!« würde für diese ein böses Erwachen bedeuten. Im Kreml dagegen wäre man gewiss zufrieden.

Der Autor lehrt Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg